

AMT DER
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-4550

Bregenz, am 16.9.1986

An das
Bundesministerium für
soziale VerwaltungStubenring 1
1010 Wien

J. Jany

| | |
|----------|-------------------|
| Betrifft | GESETZENTWURF |
| Zl. | 53 - GE 9 86 |
| Datum: | 22. SEP. 1986 |
| Verteilt | 22.9.86 <i>lc</i> |

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (42. Novelle zum ASVG.);
Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 17. Juli und 14. August 1986, Zl. 20.042/91a/1986
bzw. 20.042/151a/1986

Zum übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert wird (42. Novelle zum ASVG.), wird Stellung genommen wie folgt:

Durch die im § 158 ASVG vorgesehene Neuregelung der Anspruchsberechtigung für den Bezug des Wochengeldes sollen "Gefälligkeitsanmeldungen" erschwert werden. Ferner soll die Berechnung des Wochengeldes auf der Basis des Einkommens der letzten 6 Monate anstelle der letzten drei Monate erfolgen. Nach Ansicht der Vorarlberger Landesregierung besteht für eine solche Verschärfung der Bestimmungen über das Anspruchsrecht auf Wochengeld für Mütter kein Anlaß. In letzter Zeit hat nämlich eine Reihe von abgeschlossenen Einspruchsverfahren betreffend die Versicherungspflicht gezeigt, daß es durchaus möglich ist, reine "Gefälligkeitsanmeldungen" erfolgreich abzulehnen. Die diesbezügliche Änderung der derzeitigen Gesetzeslage wird daher wegen der damit für viele Mütter verbundenen sozialen Verschlechterung abgelehnt.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

gez. Dr. Guntram Lins
L a n d e s r a t

- a) Allen
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das
Präsidium des Nationalrates
1017 W i e n
(22-fach)
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
1010 W i e n
- d) An alle
Ämter der Landesregierungen
z.Hd.d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die
Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der NÖ. Landesregierung
1014 W i e n
- f) An das
Institut für Föderalismusforschung
6020 I n n s b r u c k
zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:
Der Landesamtsdirektor:

gez. Dr. A d a m e r

F.d.R.d.A.

Elner